AMTSBLATT

für den Landkreis Wittmund

20. Jahrgang

Wittmund, den 3. Mai 1999

Nr. 5

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Bekanntmachungen des Landkreises	
II. Bekanntmachungen anderer Dienststellen	
Haushaltssatzung der Stadt Wittmund für das Haushaltsjahr 1999	25
Nachtragshaushaltssatzung der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 1998	25
Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung für die Inselgemeinde Langeoog	26
Bekanntmachung der Jahresrechnung 1996 der Inselgemeinde Langeoog	26
Zweitwohnungssteuersatzung der Gemeinde Dunum	26
Satzung der Gemeinde Dunum über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung)	27
III. Sonstige Bekanntmachungen	
Pilotprojekt Wohngift-Telefon	28

wird auf 500000,- DM festgesetzt.

Im Vermögensplan des Eigenbetriebes werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 100000,- DM festgesetzt.

Im Vermögensplan des Eigenbetriebes werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 1999 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 800000,- DM festgesetzt.

Für den Eigenbetrieb werden Kassenkredite nicht beansprucht.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 1999 wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer
 - für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) 330 v. H.
 - für die Grundstücke (Grundsteuer B) 330 v. H.
- Gewerbesteuer 330 v. H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind im Sinne des § 89 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) unerheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 5000,- DM nicht übersteigen.

Wittmund, den 15. 12. 1998

Stadt Wittmund
Krüger
Bürgermeister

II. Bekanntmachungen anderer Dienststellen

Haushaltssatzung der Stadt Wittmund für das Haushaltsjahr 1999

Aufgrund der §§ 40 Absatz 1 Ziffer 8 und 84 ff. der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. 8. 1996 (Nieders. GVBl. S. 382), geändert durch Gesetz vom 17. 12. 1997 (Nieders. GVBl. S. 539) hat der Rat der Stadt Wittmund in seiner Sitzung am 15. 12. 1998 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1999 wird im Verwaltungshaushalt in der Einnahme auf 51 376 300,- DM in der Ausgabe auf 54 529 900,- DM im Vermögenshaushalt in der Einnahme auf 6 968 000,- DM in der Ausgabe auf 6 968 000,- DM festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes der Stadt Wittmund für das Haushaltsjahr 1999 wird im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 865 700,- DM Aufwendungen in Höhe von 854 534,- DM im Vermögensplan mit Einnahmen in Höhe von 518 166,- DM Ausgaben in Höhe von 518 166,- DM festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung)

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1999 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die nach §§ 91 Abs. 4 und 92 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Wittmund am 31. 3. 1999 unter dem Aktenzeichen 20/082-01/Wtm erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 86 Abs. 2 Satz 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) vom 4. 5. 1999 bis 12. 5. 1999 im Rathaus, Zimmer 307 (Kämmerei), Kurt-Schwitters-Platz 1, 26409 Wittmund, öffentlich aus.

Wittmund, den 20. 4. 1999

Krüger
Bürgermeister

Nachtragshaushaltssatzung der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 1998

Aufgrund der §§ 40 und 84 ff. der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1997 (Nds. GVBl. S. 539) unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen gemäß Artikel 11 Nr. 12 des Gesetzes zur Reform des Nds. Kommunalverfassungsrechtes vom 1. April 1996 (GVBl. S. 82, 227), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Mai 1996 (GVBl. S. 242) hat der Rat der Inselgemeinde Langeoog in seiner Sitzung am 21. Dezember 1998 folgende Nachtragshaushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden	erhöht um	vermindert um
im Verwaltungshaushalt		
die Einnahmen	608 800,00 DM	636 500,00 DM
die Ausgaben	223 700,00 DM	451 400,00 DM
im Vermögenshaushalt		
die Einnahmen	20 500,00 DM	1 636 500,00 DM
die Ausgaben	172 000,00 DM	1 788 000,00 DM
und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschließlich des Nachtrages	gegenüber bisher	nunmehr festgesetzt auf
im Verwaltungshaushalt		
die Einnahmen	12 302 600,00 DM	12 274 900,00 DM
die Ausgaben	14 175 600,00 DM	13 947 900,00 DM
im Vermögenshaushalt		
die Einnahmen	4 439 800,00 DM	2 823 800,00 DM
die Ausgaben	4 439 800,00 DM	2 823 800,00 DM

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird nicht geändert.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 0,00 DM um 145 000,00 DM erhöht und damit auf 145 000,00 DM neu festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite aufgenommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 700 000,00 DM um 1 100 000,00 DM erhöht und damit auf 1 800 000,00 DM neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuerhebesätze werden nicht geändert.

Langeoog, den 22. Dezember 1998

Der Bürgermeister (L. S.) **Der Gemeindedirektor**
Ulf Lümekemann Frerich Göken

Bekanntmachung

Die vorstehende 1. Nachtragshaushaltssatzung der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 1998 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Landkreis Wittmund - Kommunalaufsicht - hat gemäß § 91 Abs. 4 und § 92 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1997 (Nds. GVBl. S. 539) die erforderliche Genehmigung unter dem Aktenzeichen 20/082-01/Lgg am 14. 4. 1999 erteilt.

Der I. Nachtragshaushaltsplan liegt gemäß § 86 Absatz 2 der NGO vom 4. 5. bis 12. 5. 1999 im Rathaus - Kämmererei - 26465 Langeoog, öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Langeoog, den 3. Mai 1999

Inselgemeinde Langeoog
Der Gemeindedirektor
Frerich Göken

Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung für die Inselgemeinde Langeoog

Aufgrund der §§ 6 und 7 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1997 (Nds. GVBl. S. 539) unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen gem. Art. 11 Nr. 12 des Gesetzes zur Reform des Nds. Kommunalverfassungsrechts vom 1. April 1996 (GVBl. S. 82, 227), geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 28. Mai 1996 (GVBl. S. 242), hat der Rat der Inselgemeinde Langeoog in seiner Sitzung am 25. März 1999 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Satzungsänderung

§ 16 der Hauptsatzung für die Inselgemeinde Langeoog in der ab 23. Juli 1998 geltenden Fassung erhält folgende Fassung:

§ 16

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Gemeindedirektor.
- (2) Satzungen und Verordnungen der Gemeinde sind in vollem Wortlaut und gegebenenfalls mit einem Hinweis auf die Genehmi-

gungsverfügung im Amtsblatt für den Landkreis Wittmund bekanntzumachen, Verordnungen nach dem NGefAG außerdem im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Weser-Ems.

- (3) Sonstige Bekanntmachungen werden unter Angabe des Gegenstandes, der Fristen, der Rechte und Pflichten (Einspruchsmöglichkeiten) der Bürgerinnen und Bürger durch Aushang im Aushangkasten der Gemeinde am Rathaus veröffentlicht. Die Dauer des Aushangs beträgt eine Woche, soweit nicht durch Gesetz andere Fristen vorgeschrieben sind. Der Tag des Aushangs und der Abnahme aller Bekanntmachungen im Aushangkasten ist aktenkundig zu machen. Auf die Bekanntmachung wird nachrichtlich in der Zeitung „Anzeiger für Harlingerland“ hingewiesen. Gleiches gilt für § 16 Absatz 2.

- (4) Beschreibende und zeichnerische Darstellungen von Plänen als Satzungsanlagen werden durch öffentliche Auslegung bekanntgemacht. Ort und Zeit der Auslegung sind in der Bekanntmachung zu bestimmen.

§ 2

Inkrafttreten

Die Satzung tritt 14 Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Wittmund in Kraft.

Langeoog, den 7. April 1999

Der Bürgermeister (L. S.) **Der Gemeindedirektor**
Ulf Lümekemann Frerich Göken

Landkreis Wittmund

Wittmund, den 23. April 1999

Der Landrat
Kommunalaufsicht
Az.: 20/082-1/Lgg

Genehmigung

Gemäß § 7 Abs. 2 der Nds. Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. 8. 1996 (Nds. GVBl. S. 382) genehmige ich die Satzung zur 1. Änderung der Hauptsatzung für die Inselgemeinde Langeoog vom 7. April 1999.

(L. S.)

In Vertretung:
Frerichs
Erster Kreisrat

Bekanntmachung der Jahresrechnung 1996 der Inselgemeinde Langeoog

Gemäß § 101 Absatz 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1997 (Nds. GVBl. S. 539) unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen gemäß Artikel 11 Nr. 12 des Gesetzes zur Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom 1. April 1996 (GVBl. S. 82, 227), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Mai 1996 (GVBl. S. 242), gebe ich bekannt, daß der Rat der Inselgemeinde Langeoog in seiner Sitzung am 25. März 1999 den nachstehenden Beschluß gefaßt hat:

Es wird festgestellt, daß die Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 1996 gemäß der Festsetzung durch die Haushaltssatzung und die Nachtragshaushaltssatzung sowie den Beschlüssen nach § 89 NGO ordnungsgemäß geführt worden ist. Dem Gemeindedirektor wird für das Haushaltsjahr 1996 Entlastung erteilt.

Die Jahresrechnung 1996, der Rechenschaftsbericht sowie der Schlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes und die Stellungnahme des Gemeindedirektors zu den Prüfungsbemerkungen liegen in der Zeit vom 4. bis 12. Mai 1999 öffentlich zur Einsicht im Rathaus, Kämmererei, 26465 Langeoog, aus.

Langeoog, den 3. Mai 1999

Inselgemeinde Langeoog
Der Gemeindedirektor
Frerich Göken

Zweitwohnungssteuersatzung der Gemeinde Dunum

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. 8. 1996 (Nds. GVBl. S. 382), in Verbindung mit den §§ 2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 8. 2. 1973 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. 12. 1983 (Nds. GVBl. S. 281), hat der Rat der Gemeinde Dunum an 25. 3. 1999 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

Die Gemeinde Dunum erhebt eine Zweitwohnungssteuer.

§ 2

Steuerpflichtiger und Steuergegenstand

- (1) Steuerpflichtiger ist, wer im Gemeindegebiet eine Zweitwohnung innehat.
- (2) Eine Zweitwohnung ist jede Wohnung, die jemand neben seiner Hauptwohnung zu Zwecken des persönlichen Lebensbedarfs innehat. Hierzu zählen insbesondere Erholungszwecke. Eine Wohnung verliert die Eigenschaft als Zweitwohnung nicht dadurch, daß ihr Inhaber sie zeitweilig zu einem anderen Zweck nutzt.
- (3) Sind mehrere Personen gemeinschaftlich Inhaber einer Zweitwohnung, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3

Steuermaßstab

- (1) Die Steuerschuld wird nach dem jährlichen Mietaufwand berechnet.
- (2) Der jährliche Mietaufwand ist das Gesamtentgelt, das der Steuerpflichtige für die Benutzung der Wohnung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen nach dem Stand im Zeitpunkt der Entstehung der Steuerschuld für ein Jahr zu entrichten hat (Jahresrohmiete).
- (3) Statt des Betrages nach Absatz 2 gilt als jährlicher Mietaufwand die übliche Miete für solche Wohnungen, die eigengenutzt, ungenutzt, zum vorübergehenden Gebrauch oder unentgeltlich überlassen sind. Die übliche Miete wird in Anlehnung an die Jahresrohmiete geschätzt, die für Räume gleicher oder ähnlicher Art, Lage und Ausstattung regelmäßig gezahlt wird.
- (4) Die Vorschriften des § 79 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes in der Fassung vom 1. 2. 1991 (BGBl. I S. 230), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. 12. 1993 (BGBl. I S. 2310), finden entsprechende Anwendung. Für die Wohnflächenberechnung sind die §§ 42 bis 44 der Zweiten Berechnungsverordnung in der Fassung vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. August 1983 (BGBl. I S. 1067), entsprechend anzuwenden.

§ 4

Steuersatz

- (1) Die Steuerschuld beträgt im Haushaltsjahr 11% des jährlichen Mietaufwandes.
- (2) In den Fällen des § 5 Abs. 1 Satz 2 ermäßigt sich die Steuerschuld auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag.

§ 5

Entstehung und Fälligkeit der Steuerschuld

- (1) Die Steuerschuld für ein Haushaltsjahr entsteht am 1. Januar. Wird eine Zweitwohnung erst nach dem 1. Januar in Besitz genommen, so entsteht die Steuerschuld am ersten Tag des folgenden Kalendervierteljahres.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem der Steuertatbestand entfällt.
- (3) Die Steuerschuld wird einen Monat nach ihrer Entstehung fällig.
- (4) In den Fällen des Absatzes 2 ist die zuviel gezahlte Steuerschuld auf Antrag zu erstatten.

§ 6

Anzeigepflicht

Wer eine Zweitwohnung in Besitz nimmt oder aufgibt, hat dies der Gemeinde Dunum innerhalb einer Woche nach diesem Zeitpunkt anzuzeigen. Wer bei Inkrafttreten dieser Satzung eine Zweitwohnung innehat, hat dies der Gemeinde Dunum innerhalb eines Monats nach diesem Zeitpunkt anzuzeigen.

§ 7

Mitteilungspflichten

- (1) Die in § 2 Abs. 1 und 3 genannten Personen sind verpflichtet, der Gemeinde Dunum bis zum 15. Januar eines jeden Jahres oder, wenn eine Wohnung erst nach dem 1. Januar in Besitz genommen wird, bis zum 15. Tage des darauffolgenden Monats schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde mitzuteilen.
 - a) ob die der Zweitwohnungssteuer unterliegende Wohnung eigengenutzt, ungenutzt, zum vorübergehenden Gebrauch oder unentgeltlich überlassen wurde,
 - b) den jährlichen Mietaufwand (§ 3 Abs. 2) für die Wohnung, die der Zweitwohnungssteuer unterliegt.
- (2) Die in § 2 Abs. 1 und 3 genannten Personen sind zur Angabe der Wohnfläche der der Zweitwohnungssteuer unterliegenden Wohnung nach Aufforderung durch die Gemeinde Dunum verpflichtet.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

Zuwerhandlungen gegen §§ 6, 7 und 9 Abs. 3 dieser Satzung werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2. Nr. 2 NKAG geahndet.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Mai 1999 in Kraft.

(L. S)

Reents
Bürgermeister

Satzung der Gemeinde Dunum über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) und des § 4 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der jeweils geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Dunum in seiner Sitzung am 25. März 1999 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten – im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten – im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen – im nachfolgenden Kosten – erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlaß gegeben haben.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung der Kosten auf Grund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2

Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemißt sich unbeschadet des § 5 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3

Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen.
Die Gebühr ist auf volle Deutsche Mark festzusetzen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist, so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.

§ 4

Gebührenbefreiung

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für
 1. mündliche Auskünfte
 2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen,
 - b) Besuch von Schulen, soweit nicht Zweitausfertigungen von Zeugnissen anzufertigen sind,
 - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
 - d) Jugendamtsurkunden nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz,
 - e) Nachweise der Bedürftigkeit,
 - f) Sozialversicherungs-, Sozialhilfe- und Jugendhilfesachen.
 3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder

den Erlaß von Verwaltungskosten betreffen,

4. Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
 5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen
 - a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlaß gegeben hat, es sei denn, daß die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist,
 - b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken i. S. des § 54 der Abgabenordnung (AO 1977) Anlaß gegeben haben, es sei denn, daß die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.
- (3) Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.

§ 5

Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Verwaltungstätigkeit besondere Auslagen notwendig, so hat der Kostenschuldner sie ohne Rücksicht darauf, ob eine Gebühr zu entrichten ist, zu erstatten. Dies gilt nicht für besondere Auslagen bei der Bearbeitung eines Rechtsbehelfes, soweit diesem stattgegeben wird.
- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen; wird durch Bedienstete der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
 2. Gebühren für Telekommunikationseinrichtungen,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren,
 5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
 8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Auszüge, Kosten für Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.
- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und den Gebietskörperschaften im Lande werden, soweit gegenseitig verbürgt ist, Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 50,00 DM übersteigen.

§ 6

Kostenpflichtiger

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet, wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlaß gegeben hat.
- (2) Mehrere Kostenpflichtige sind Gesamtschuldner.

§ 7

Entstehung der Kostenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 8

Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses anhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuß die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 9

Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Dunum, den 25. März 1999

Gemeinde Dunum
Reents
Bürgermeister

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung der Gemeinde Langeoog

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschbetrag / DM
1	Vermögensverwaltung Vorrangseinräumung, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zugunsten von Pfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten sowie Belastungsgenehmigungen a) bis zu 10000,- DM des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechts oder des betroffenen Teilbetrages b) für jede weitere angefangene 10000,- DM c) Löschungsbewilligungen zugunsten von Grundpfandrechten Dritter Von der Gebührenerhebung ausgenommen sind Erklärungen und Bewilligungen aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung.	20,- 10,- 20,-
2	Erteilung eines Negativattestes nach §§ 19, 20 BauGB (Grundstücksteilung).	50,-
3	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechtes (Negativzeugnis) nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB).	50,-
4	Stellungnahmen zu Bauvoranfragen und Bauanträgen (Zuschlag nach Baugebührenordnung).	20,-
5	Stellungnahmen zu Ausnahmegenehmigungen zur Benutzung gewichtsbeschränkter Gemeindefstraßen.	20,-
6	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegenehmigungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeit, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist.	10,- bis 100,-

III. Sonstige Bekanntmachungen

Pilotprojekt bestätigt großen Beratungsbedarf

Wohngift-Telefon bleibt bestehen

Durch erhöhte Schadstoffbelastungen in Innenräumen kommt es immer wieder zu Gesundheitsgefährdungen, denn in Innenräumen konzentrieren sich besonders viele chemische Substanzen. Die breite Palette der verschiedenen Innenraumschadstoffe und ihrer Quellen ist für den Laien jedoch nahezu unüberschaubar.

Aus verschiedenen Baustoffen – wie zum Beispiel behandelten Holzoberflächen, Dämmstoffen, Lacken, Bodenbelägen, Klebstoffen, Teppichen oder Tapeten – wird so mancher Chemiecocktail freigesetzt. Erhöhte Konzentrationen von den bekannten Klassikern unter den Wohnraumgiften wie Formaldehyd, Pentachlorphenol (PCP) oder Asbest können zu schweren Erkrankungen führen. Die Diagnose dieser Umweltkrankheiten und ihre Therapie sind oft zeitaufwendig und stecken noch in den Kinderschuhen.

Entsprechend groß ist der Beratungsbedarf der Bürger. Dies hat eindrucksvoll das Pilotprojekt „Wohngift-Telefon“ gezeigt: mehr als 8000 Anrufe wurden entgegengenommen.

Am häufigsten wurden Fragen gestellt zu Holzschutzmitteln (21%), unbedenklichen Baustoffen und Einrichtungsmaterialien (15%), Formaldehyd (14%), Asbest und Mineralfasern (13%), Schimmelpilze (13%), allergische Reaktionen (8%), Schlafstörungen und Kopfschmerzen (8%).

Aufgrund des hohen Beratungsbedarfs hat die Arbeitsgemeinschaft Umweltambulanz weitere finanzielle Mittel für 1999 zur Verfügung gestellt. Das Wohngift-Telefon bleibt somit unter der gebührenfreien Rufnummer 0800 / 100 1280 von Montag bis Freitag, jeweils von 9.00 bis 17.00 Uhr, persönlich erreichbar.